bnr.de
blick nach rechts

21. Jahrgang | 21 | 15. Oktober 2004

Rechte Szene 2

"Volksfront von Rechts"
Prominente „Freie Nationalisten“ sind in die NPD eingetreten. Ende Oktober wollen sie für den Parteivorstand kandidieren.

Brauner Szene-Star
"Landser"-Sänger wird NPD-Mitglied.

Dubiose Finanzgeschäfte
Den ehemaligen DVU-Chef von Sachsen-Anhalt erwartet ein Strafverfahren wegen Veruntreuung von Fraktionsgeldern und eine Schadensersatzklage des Magdeburger Landtages.

Aufmarsch im Ländchen
Neonazis wollen regelmäßig für SS-Ehrenmal demonstrieren.

"Bruch" im Gerichtssaal
Oberlercher will Mahler nicht mehr zuhören.

Ausland 7

Der „starke Mann“ schwächelt
Die innerparteiliche Autorität des FN-Chefs Jean Marie Le Pen scheint angegriffen wie nie.

Gedenkpropaganda
Neonazis instrumentalisieren toten Jugendlichen.

Grauzone 8

Neue und Alte Rechte miteinander im Gespräch
Die „Junge Freiheit“ grenzt sich von der NPD ab, um sich selbst als „demokratisch“ in der Mitte der Gesellschaft zu positionieren.

Fragwürdige Ehrung
Bismarck-Orden für Rechtsextreme

Rezension 10

Geschichte wird gemacht
Unterschiede in der west- und ostdeutschen Erinnerungskultur.

Meldungen 12

Rechte Szene

"Volksfront von Rechts"

Prominente „Freie Nationalisten" sind in die NPD eingetreten. Ende Oktober wollen sie für den Parteivorstand kandidieren.

Der Vergleich mit den „Märzgefallenen", jenen Deutschen, die in den ersten Monaten nach Hitlers Machtübernahme und erst recht nach der Reichstagswahl vom 5. März 1933 aus opportunistischen Gründen in die NSDAP strömten, durfte natürlich nicht fehlen: Da zeichnete sich ab, dass die NPD erstmals nach dreieinhalb Jahrzehnten wieder in ein Landesparlament einziehen würde, und prompt gab's prominenten Zuwachs. Von den „Freien Nationalisten" kamen Thomas Wulff, Thorsten Heise und Ralph Tegethoff zur NPD, von den Republikanern deren frühere sächsische Landesvorsitzende Kerstin Lorenz.

Völlig überraschend kam die Entwicklung in allen vier Fällen nicht. Thomas Wulff, der für sich in Anspruch nimmt, „das Konzept und den Begriff 'Freie Nationalisten' erarbeitet" zu haben, hatte schon im Vorfeld der Berliner 1.-Mai-Demonstration von NPD und „freien" Neonazis eine Erklärung unter dem Titel „Gemeinsam die Volksfront von Rechts schaffen! Über das Gebot nationaler Geschlossenheit" veröffentlicht. An die Kameraden appellierte er darin: „Die Wahlkämpfe der nächsten Monate sollten für alle Aktivisten – ob in der NPD organisiert oder nicht – ein willkommener Anlass sein, jetzt dafür zu sorgen, dass auch der parteipolitische Arm unserer Bewegung wieder gestärkt wird." Thorsten Heise, Ex-FAP-Landesvorsitzender in Niedersachsen und besonders rührig im Rechtsrock-Geschäft, hatte bereits im Juni für die NPD bei der Landtagswahl in Thüringen kandidiert. Und Ralph Tegethoff, der ebenfalls früher als FAP-Aktivist galt, war wiederholt Autor in der Parteizeitung „Deutsche Stimme" (DS) und veröffentlichte im DS-Verlag. Dass auch Kerstin Lorenz den Weg zur NPD finden würde, schien Beobachtern der Szene nur eine Frage der Zeit zu sein. Ihr wird aus Republikaner-Sicht angelastet – und aus Neonazi-Sicht hoch angerechnet –, dass die NPD in Sachsen nicht mit den Republikanern um „rechte" Stimmen konkurrieren musste. Den Aufruf des REP-Landesvize Mario Heinz, die NPD bei der sächsischen Landtagswahl nicht zu wählen, bezeichnete sie als „Verrat an der nationalen Sache".

Wichtiger als der Neuzugang durch Lorenz dürfte für die NPD jener der „Freien" sein, mit Wulff gehört immerhin deren – neben Christian Worch – prominentester Vertreter dazu. Damit verbunden ist auch das Signal, dass eine Zusammenarbeit beider Seiten wieder möglich ist. Seit Anfang des Jahres, so verrieten Wulff, Heise und Tegethoff in einer gemeinsamen Erklärung, hatten „klärende und vertrauensbildende Gespräche" zwischen „führenden Parteikadern und bekannten freien Kräften" stattgefunden. Zuletzt, am 11. September, saß das Freien-Trio mit Parteichef Udo Voigt und seinem Stellvertreter Holger Apfel an einem Tisch. Wulff & Co. fassen ihren Eindruck so zusammen: „Es war der Wille zu spüren, die einmal gemachten Fehler nicht zu wiederholen und sich als Partei deutlich in das Gesamtgefüge einer Bewegung des Widerstandes einzufügen. Auf dieser Grundlage konnten wir einen Neubeginn in der Zusammenarbeit mit der Partei glaubwürdig auch gegenüber vielen freien Nationalisten vertreten." Dieses neue Verhältnis sei durch einen Text der NPD-Parteiführung „in der gewünschten Deutlichkeit erklärt worden". Nachdem ihnen diese Erklärung vorgelegt wurde, „waren wir bereit in die NPD einzutreten", erklärten Wulff, Heise und Tegethoff.

Bekenntnis zur "Gesamtbewegung des nationalen Widerstandes"

In dem am 19. September veröffentlichten Papier des Parteipräsidiums unter dem Titel „Volksfront statt Gruppenegoismus" übt die NPD Selbstkritik, räumt – immerhin am Tag ihres seit Jahrzehnten größten Wahlerfolgs – ein, „zu stark am Parlamentarismus orientiert" gewesen zu sein und „die außerparlamentarische Opposition vernachlässigt" zu haben. Die NPD-Führung habe die Zeichen der Zeit aber erkannt: „Sie ist gewillt, endgültig den Weg zu einer wirklichen Volksbewegung einzuschlagen, bei der die Organisationsform in der Frage nationaler Fundamentalopposition eine untergeordnete Rolle spielt." Sicher seien führende NPD-Aktivisten in der Vergangenheit auch „nicht immer frei von dem fehlerhaften Denken" gewesen, „dass nur derjenige Aktivist ein wirkli-

cher Nationalist sei, der in den Reihen der NPD kämpft“. Eingeräumt wird, dass die Partei „heute noch Mängel“ habe, unter anderem da sie mancherorts „nicht immer über Persönlichkeiten mit dem notwendigen politischen Wissen, geschlossenem Weltbild und Führungseigenschaften verfügt“. Die NPD bekenne sich zur „Gesamtbewegung des nationalen Widerstandes“. Dazu gehöre auch die Notwendigkeit, „die Vorgehensweise, die politischen Ansichten und die Organisationen aller in der nationalen Opposition befindlichen Parteien und Aktionsformen zunächst einmal grundsätzlich als Bereicherung im Kampf für unser Volk zu betrachten“.

Wulff & Co. ziehen aus der Erklärung den Schluss, dass es zwischen „Freien“ und NPD nicht nur ein Nebeneinander, sondern auch ein Miteinander geben kann. Auf einen Aufruf an ihre Kameraden, ebenfalls der Partei beizutreten, verzichten sie allerdings. Das Konzept „Freie Nationalisten“ sei auch in den nächsten Jahre eine „dauerhaft arbeitsfähige Basis für viele Kameradinnen und Kameraden“. In der NPD, so ihre Vorstellung, könnten sie selbst „das Sprachrohr und der Ansprechpartner sein für all die, welche sich außerhalb der Partei organisieren“. Dass es ihnen nicht nur um Stimmungen, Strategie und Taktik geht, sondern auch um eine weitere Radikalisierung der NPD, macht ein Satz deutlich, der sich in einer anderen Erklärung der kooperationsbereiten „Freien“ findet. Darin wird der NPD nunmehr attestiert: „Die Äußerungen der Partei und ihrer führenden Vertreter zur Abschaffung dieses asozialen Systems werden sowohl schriftlich als auch in Reden in gewünschter Deutlichkeit öffentlich kundgetan.“

"Sprachrohr und Ansprechpartner für all die außerhalb der Partei"

Außen vor bleiben bei den Einigungsbemühungen jene Neonazis, die der Linie von Christian Worch folgen und die Distanz zur NPD im Moment für unüberbrückbar halten. Auch Worch dürfte gemeint sein, wenn Wulff, Heise und Tegethoff über „manch anderen“ klagen, der sich „ob als Anonymus oder auch mit bekanntem Namen, in einer Sackgasse verrannt hat in unpolitischen Hetzereien und scheinbar persönlich motivierten Grabenkämpfen gegen die NPD“. Worch bleibt aber bei seiner Linie: „Ich habe keine Veranlassung, mich mit einer Partei(führung) zu unterhalten oder eine wie auch immer geartete Einigung zu finden, die gegen insgesamt drei Kameraden von mir sowie mich selber Auftrittsverbote auf allen ihren Veranstaltungen erlassen hat.“ Darüber hinaus zweifelt er an, dass Wulff, Tegethoff und Heise sich fortan noch „Freie Nationalisten“ nennen dürfen, „da ‘Freier Nationalist’ sich per se als parteifreier Nationalist definiert“.

Resozialisierungsanstalt für Neonazis

Andernorts wurde rasch eine uneigennützige Motivation der drei angezweifelt. Im Störtebeker-Netz zum Beispiel wurde die Vermutung wiedergegeben, dass Wulff eine Stelle beim DS-Verlag erhalten solle. Zumindest Heise und Wulff, voraussichtlich aber auch Tegethoff werden beim NPD-Parteitag Ende Oktober für den Vorstand kandidieren. Und Parteichef Voigt geht davon aus, dass „mindestens einer“ auch gewählt wird. „Die NPD ist eine Sammlungsbewegung“, rechtfertigte Voigt in einer Talkshow die Aufnahme der drei in die Partei. Vor dem Fernsehpublikum war freilich weniger die Rede von „Volksfront statt Gruppenegoismus“. Fast schien es so, als sei die NPD eine Resozialisierungsanstalt für militante Neonazis. Voigt: „Es ist doch meine verdammte Pflicht und Schuldigkeit als Vorsitzender einer Nationaldemokratischen Partei, auf die Leute zuzugehen, die sich im Straßenkampf oder sonst wo verrannt haben.“

So oder so wird das Bündnis Wulff-treuer Neonazis und der NPD in der Zukunft auch Belastungsproben ausgesetzt sein. „Sachsen ist noch lange nicht überall. Nicht überall kann die Partei Kandidaten wie Holger Apfel stellen“, heißt es zum Beispiel beim Aktionsbüro Nord. Nicht überall empfehle sich folglich ein Wahlantritt, „denn Nullkomma-Pleiten und fragwürdige Kandidaten wie beispielsweise der karrieregeile Stawitz in Schleswig-Holstein können schnell wieder dunkle Schatten über die Partei werfen“. Gerade bei der Auswahl der Kandidaten solle gelten: „Lieber auf eine Wahl verzichten, als mit reaktionären Windeiern ins Parlament einziehen.“

Tomas Sager

Brauner Szene-Star

"Landser"-Sänger wird NPD-Mitglied.

„Lunikoff“ war sich seiner Rolle auf dem „Pressefest“ der NPD im sächsischen Mücka durchaus bewusst. Der Sänger der als kriminell eingestuften Neonazi-Band „Landser“, Michael Regener, huldigte seinem dubiosen Kultstatus. Sein Tisch neben dem Ordnerzelt war ausschließlich Sympathisanten der rechtsextremen Berliner Rockergang „Vandalen“ und ihnen nahe stehenden Neonazis vorbehalten. Die meisten Besucher des NPD-internen Festes im August schielten neugierig zu den langhaarigen schwarzgekleideten „Vandalen“-Anhängern hinüber, machten aber ansonsten einen großen Bogen darum. „Lunikoff“ war „ohne Kapelle“, aber in Begleitung eines Musikers von „Spreegeschwader“ erschienen. Viele wunderten sich über Regeners Erscheinen, nicht zuletzt weil er kurz zuvor vom Berliner Kammergericht zu einer Freiheitsstrafe verurteilt worden war. Der „Landser“-Sänger befindet sich jedoch immer noch auf freiem Fuß, da er Revision einlegte und das Verfahren nun beim Bundesgerichtshof liegt.

Regener hat jetzt – angeblich mit einem Mitglied der „Vandalen“ – einen Aufnahmeantrag in die NPD gestellt. Deren Berliner Parteifunktionär Eckart Bräuniger konnte den braunen Szenestar bereits im Sommer für ein Konzert gewinnen. Als der Deutsche Stimme-Verlag in Riesa unter der Leitung des glatzköpfigen Rechtsrock-Kenners Jens Pühse die Gratis-CD „Wahltag ist Zahltag“ für die Erstwähler in Sachsen zusammenstellte, durfte auch hier auf „Lunikoffs“ Unterstützung gebaut werden. Der stellte das Lied „Fels in der Brandung“ für den Soundtrack zur Verfügung.

Bereits mit der Aufnahme der polizeibekannten Kameradschaftsführer Wulff, Heise und Tegethoff öffnete die NPD den gewaltbereiten „Freien Nationalisten“ Tor und Tür. Das gut organisierte Netzwerk der über 200 Kameradschaften in der Bundesrepublik soll für den nötigen Nachschub in der zur Zeit vor Selbstbewusstsein strotzenden Partei sorgen.

Andrea Röpke

Dubiose Finanzgeschäfte

Den ehemaligen DVU-Chef von Sachsen-Anhalt erwartet ein Strafverfahren wegen Veruntreuung von Fraktionsgeldern und eine Schadensersatzklage des Magdeburger Landtages.

Sein ebenso zeitlich begrenztes wie Aufsehen erregendes parlamentarisches Gastspiel hat für den ehemaligen Landesvorsitzenden und Fraktionschef der Deutschen Volksunion im Landtag von Sachsen-Anhalt, Dieter Kannegießer, unangenehme Folgen. Die Staatsanwaltschaft hat gegen Kannegießer jetzt Anklage wegen des Verdachts der Untreue erhoben. Diese Anklage ist der vorläufige Höhepunkt eines Ermittlungsverfahrens, das bereits seit dem Frühjahr 2002 läuft. Konkret geht es in der Anklage um die Zweckentfremdung von Fraktionsgeldern, größtenteils zu Privatzwecken der Fraktionsmitglieder. Unter der Verantwortung Kannegießers sind nach Überzeugung der Staatsanwaltschaft Landesgelder in erheblicher Höhe veruntreut worden.

Bereits im März 2002 hatte neben anderen auch die „Magdeburger Volksstimme“ über diesen Tatverdacht berichtet. Seinerzeit handelte sich das Blatt noch eine Klage auf Gegendarstellung von Kannegießer ein. Die Medienberichterstattung über den Verdacht der Veruntreuung von Fraktionsgeldern hatte jedoch auch den Landesrechnungshof auf den Plan gerufen, der bei einer Tiefenprüfung zur Verwendung von Fraktionsgeldern offensichtlich fündig wurde. Aber auch der Haushaltsabschluss der Fraktion nach der Wahlniederlage und dem verfehlten Wiedereinzug in den Landtag im April 2002 strotzt wohl von Unregelmäßigkeiten. Noch nach der Wahlniederlage hat die Fraktion offenbar für ihre Abgeordneten nicht nur Bahncards, sondern auch repräsentative Präsente für den eigenen Bedarf geordert. Bahncards benötigen Abgeordnete in der Regel nicht, da sie durch ihr Mandat über freie Fahrt in allen Zügen innerhalb Sachsen-Anhalts sowie auf den Strecken zwischen Sachsen-Anhalt und Berlin beziehungsweise Bonn verfügen.

Zudem sind laut Anklage auch Reisekosten und Bewirtungskosten von Mitgliedern und Mitarbeitern der DVU-Fraktion falsch abgerechnet worden.

Parallel zur strafrechtlichen Verfolgung der aufgetretenen Unregelmäßigkeiten hat auch Landtagspräsident Adolf Spotka (CDU) die Justiz in Sachen DVU bemüht. Kannegießer als seinerzeitiger Fraktionschef wird auf Schadenersatz in mindestens fünfstelliger Höhe verklagt. Die Klageschrift sei dem zuständigen Landgericht im September zugestellt worden, bestätigt eine Sprecherin des Landesparlaments. Konkret fordert der Landtag von Kannegießer die Rückzahlung von 32 000 Euro. „Dabei handelt es sich vorerst nur um die Summe der mutmaßlich veruntreuten Gelder, die nach den uns vorliegenden Unterlagen zweifelsfrei belegbar ist", so die Sprecherin weiter. Ausdrücklich behalte sich das Parlament Ergänzungsklagen oder weitere Zivilverfahren nach Abschluss des Strafverfahrens vor.

Wegen dubioser Finanzgeschäfte der DVU-Fraktion hatte das Parlament bereits während der Wahlperiode zwischen 1998 und 2002 rund 100.000 Euro an Fraktionszuschüssen einbehalten. Den mit diesem Einbehalt geforderten Nachweis über die ordnungsgemäße Verwendung zurückliegend ausgezahlter Fraktionskostenzuschüsse hat die DVU-Fraktion nie erbracht.

Die DVU war nach einem weitgehend anonymisierten Landtagswahlkampf im Jahr 1998 auf 12,9 Prozent der Stimmen gekommen und mit 16 Abgeordneten ins Magdeburger Landesparlament eingezogen. Schon ein gutes Jahr nach diesem Wahlerfolg spaltete sich die Fraktion. Rund die Hälfte der DVU-Abgeordneten war nicht länger bereit, den finanziellen Forderungen des autoritären DVU-Bundesvorsitzenden Gerhard Frey nachzukommen und gründete die Freiheitliche Deutsche Volkspartei (FDVP), die sich programmatisch an der FPÖ des Rechtspopulisten Jörg Haider orientieren sollte. Landes- und Fraktionsvorsitzende wurde die ehemalige DVU-Fraktionschefin Claudia Wiechmann, ihr Stellvertreter im Fraktionsvorsitz ihr Vorgänger an der DVU-Fraktionsspitze, Helmut Wolf. Erst durch diese Spaltung von Fraktion und Partei wurde Kannegießer seinerzeit an die Spitze des DVU-Landesverbandes und der Landtagsfraktion gespült.

Das parlamentarische Gastspiel sowohl der DVU als auch der FDVP fand mit den Landtagswahlen 2002 ein jähes Ende. Beiden Parteien gelang eine Wiederholung des Wahlerfolges von 1998 nicht. Der DVU-Landesverband Sachsen-Anhalt befindet sich derzeit mit seinen kaum noch 50 Mitgliedern in einem desolaten Zustand. Formal verfügt die Partei in Sachsen-Anhalt zwar noch über mehrere Kreisverbände. Deren Aktivitäten erschöpfen sich jedoch in der mehr oder weniger regelmäßigen Veranstaltung so genannter „Nationaler Stammtische", deren Termine im DVU-Zentralorgan, der „National-Zeitung" annonciert werden. Zu weiteren eigenständigen Aktionen sind die Parteigliederungen in Sachsen-Anhalt aufgrund der zentralistisch-autoritären Struktur der Partei weder befugt noch organisatorisch in der Lage. Aktueller Landesvorsitzender der DVU Sachsen-Anhalts ist seit November vergangenen Jahres der Magdeburger Helmut Preiß, der seinerzeit auch für die DVU im Landtag saß.

Auch die FDVP mit ihrem Bundesverband und den beiden Landesverbänden Sachsen-Anhalt und Thüringen verfiel nach der Wahlniederlage 2002 und dem dadurch bedingten Verlust des Parlaments als politischem Sprachrohr zusehends. Schließlich beschlossen die Mitglieder im Rahmen einer Urabstimmung die Auflösung der rechtsextremen FDVP und traten am 4. Oktober nahezu geschlossen der Deutschen Partei (DP) bei. Die Aufnahme der FDVP-Mitglieder beschloss die DP auf einem außerordentlichen Bundesparteitag am 4. Oktober vergangenen Jahres in Fulda. Zuvor hatte die Partei bereits die Mitglieder des ebenfalls aufgelösten Bundes freier Bürger – Offensive für Deutschland (BFB) aufgenommen. Mit der Aufnahme der FDVP-Mitglieder gab sich die DP den Namenszusatz „Die Freiheitlichen" und verfügt seither erstmals über eine nennenswerte organisatorische Basis in Sachsen-Anhalt. Claudia Wiechmann wurde stellvertretende Bundesvorsitzende, die ehemaligen Landtagsabgeordneten Helmut Wolf und Claus-Dieter Weich Beisitzer im DP-Bundesvorstand. Bundesweit verfügt die DP derzeit über rund 500 Mitglieder. Offen ist, ob sich auch Claudia Wiechmann noch der Justiz wird stellen müssen. Mehrfach waren in der Vergangenheit Vorwürfe laut geworden, wonach auch die FDVP Fraktionsgelder abgezweigt habe, überwiegend zur Finanzierung der Parteiarbeit.

Eberhard Löblich

Aufmarsch im Ländchen

Neonazis wollen regelmäßig für SS-Ehrenmal demonstrieren.

Das „Blaue Ländchen" nennt sich die Ferienregion zwischen Lahn und Rhein rund um das Städtchen Nastätten. Für einen Tag soll die Region ein braunes Ländchen werden. Zum dritten Mal binnen eines Jahres wollen Neonazis dort am 20. November aufmarschieren. Fast auf den Tag genau ein Jahr zuvor waren sie zum ersten Mal dort, damals im 370-Seelen-Dorf Marienfels. Rund 250 Alt- und Neonazis zogen durch den Ort. Ihr Zorn richtete sich gegen den Gemeinderat, der den Abriss eines SS-Denkmals verlangte, weil Marienfels nicht zur Pilgerstätte für Neonazis werden wollte. Am 8. Mai 2004 waren sie wieder da, diesmal mit 150 Teilnehmern. Aktueller Anlass damals: Unbekannte hatten das sechs Meter breite und mit einem drei Meter hohen Steinaufsatz versehene Denkmal umgekippt.

Nun also der dritte Aufzug, für den unter dem Motto „Für den Wiederaufbau des Denkmals des I. SS-Panzerkorps, jetzt!" unter anderem das Aktionsbüro Norddeutschland und der Nationale Widerstand Köln werben. Dass gerade diese beiden Gruppen als erste den Aufruf verbreiteten, verwundert nicht. Der Hamburger Thomas Wulff war es, der schon bei der ersten Demonstration Regie führte. Und bei der zweiten Demo fiel auf, dass Neonazis aus Nordrhein-Westfalen besonders zahlreich vertreten waren. „Bereits heute steht fest, dass Marienfels nicht das letzte Mal Aufmarschgebiet volkstreuer Kräfte gewesen ist", drohten seinerzeit die Organisatoren. Stattfinden soll die dritte Demonstration nun aber im sechs Kilometer entfernten Nastätten. Dort hat die für Marienfels zuständige Gemeindeverwaltung ihren Sitz.

Die übernächste Demonstration ist bereits angekündigt. „Regionale freie Nationalisten" schreiben: „Der nationale Widerstand wird ab Mai 2005 jährlich wiederkommen, bis wieder ein Ehrenmal für die Gefallenen des I. SS-Panzerkorps errichtet worden ist."

Tomas Sager

"Bruch" im Gerichtssaal

Oberlercher will Mahler nicht mehr zuhören.

Die Wege von Horst Mahler und seines bisherigen Mitstreiters vom Deutschen Kolleg (DK), Reinhold Oberlercher, scheinen sich zu trennen. Dies immerhin ist das erste greifbare Resultat eines Gerichtsverfahrens gegen Mahler, Oberlercher und Uwe Meenen, das sich seit Anfang Februar vor dem Berliner Landgericht dahinschleppte.

Drei Verhandlungstermine wegen des Vorwurfs der Volksverhetzung waren anfangs vorgesehen. Doch Mahler nutzte die Auftrittsmöglichkeit vor Gericht für stundenlange antisemitische Monologe, gekleidet in Prozesserklärungen und Beweisanträge, die ihm in der Zwischenzeit weitere Ermittlungsverfahren wegen der Leugnung des Holocaust eingetragen haben. Aus den drei Verhandlungstagen wurden bis Ende September 27, ehe das Gericht entschied, das Verfahren gegen Mahler abzutrennen.

Dass dies mit der ausdrücklichen Unterstützung Oberlerchers geschah, sorgt in Revisionistenkreisen nun für Verärgerung. Zwar versieht das „National Journal" im Internet seine Schlagzeile „Horst Mahler verraten" mit einem Fragezeichen. Doch Ursula Haverbeck, stellvertretende Vorsitzende des Vereins zur Rehabilitierung der wegen Bestreitens des Holocausts Verfolgten, spricht offen von einem „Bruch", der sich – noch dazu – im Gerichtssaal und damit „offen vor unseren Feinden" vollzogen habe.

Mahlers Konzept einer „gemeinsamen Wortergreifung" aller drei ging nicht auf. Und das hatte offenbar sehr direkt mit Mahlers Verständnis von „Wortergreifung" zu tun. Haverbeck gab eine Äußerung Oberlerchers so wieder: Er könne sich „die überlangen Ausführungen Horst Mahlers aus zeitlichen und finanziellen Gründen nicht mehr anhören". Gleichzeitig habe Oberlercher betont, dass er das Deutsche Kolleg sei. So werde, mutmaßt Haverbeck, seine Trennung von Mahler wohl nicht auf den Gerichtssaal zu beschränken sein.

T.S.

Ausland

Der „starke Mann“ schwächelt

Die innerparteiliche Autorität des FN-Chefs Jean Marie Le Pen scheint angegriffen wie nie.

In holperigem Deutsch zeigt man sich begeistert: „Saxe ist gut! noch einmal“, so lautet der Titel eines Kommuniqués, das der französische Front National am Tag nach dem Wahlerfolg der NPD in Sachsen – französisch Saxe – auf seiner Mailingliste an die Parteigänger und Sympathisanten verschickte. Damit ist der FN von Jean-Marie Le Pen eine der wenigen „etablierten“ rechtsextremen Großparteien, jedenfalls in Westeuropa, die offene Sympathien für die neonazistische NPD zeigen. Im FN-Kommuniqué ist von einem Erfolg der „nationalen, den kleinen Leuten verpflichteten und sozialen deutschen Rechten“ die Rede. Mit genau denselben Worten (droite nationale, populaire et sociale) bezeichnet der Front National sich seit seiner Gründung im Oktober 1972 gewöhnlich selbst. Offenkundig wird die NPD vom FN nicht mehr länger als anrüchig betrachtet.

Für den Front National verschärft sich die bei rechtsextremen Parteien wichtige Frage nach der Rolle des „starken Manns“ an der Spitze immer mehr. Eigentlich hatte die französische Partei keine Schwierigkeiten, über vorzeigbare Kader zu verfügen. Ein bedeutendes Potenzial an Rechtsintellektuellen war vorhanden. Doch nachdem der ehemalige Chefideologe und „Nummer Zwei“ der Partei, Bruno Mégret, 1998 den alleinigen Führungsanspruch des Chefs offen in Frage gestellt hatte, ist Le Pen misstrauisch geworden. Der 76-Jährige ist darauf bedacht, nur noch seine persönliche Macht zu sichern und, sofern möglich, in näherer Zukunft auf seine jüngste Tochter Marine zu übertragen. Letzteres Ansinnen aber hat jetzt zu heftigen Abwehrreaktionen auch seitens „altgedienter“ Parteifunktionäre geführt. Diese haben unter anderem Angst davor, die von den Medien hofierte Anwältin und Mittdreißigerin könne den FN auf zu „modernistische“ Positionen zu Themen wie „Moral“, Familie und Abtreibung führen.

Auch der persönliche Konflikt zwischen Le Pen und der seit Mitte der 70er Jahre beim FN aktiven Altfunktionärin Marie-France Stirbois hat jetzt den innerparteilichen Machtkampf erheblich zugespitzt. Stirbois fand dabei Unterstützung unter anderem bei Jacques Bompard, dem einzigen FN-Bürgermeister in Frankreich. Ende August fanden zeitlich parallel zueinander zwei „Sommeruniversitäten“ für die Parteikader statt: Die eine, traditionell unter Jean-Marie Le Pens Vorsitz stehend bei Paris, und die andere unter den Fittichen von Jacques Bompard in dem von diesem regierten südfranzösischen Städtchen Orange.

Auf zwei Sitzungen des „Politischen Büros“ des FN versuchte Le Pen, Bompard und Stirbois aus dem obersten Führungsgremium ausschließen zu lassen. Doch erstmals musste er vor den innenparteilichen Widerständen zurückweichen: Viele Kader, darunter der „loyale“ Generalbeauftragte der Partei, Bruno Gollnisch, sprachen sich gegen die geforderte Sanktion aus. Am 28. September fiel dann die Entscheidung: Bompard wird befristet für sechs Monate, Stirbois für drei Monate vom Politbüro ausgeschlossen. Doch eine für den FN unerhörte Neuerung trat ein: Die Betroffenen verschafften vor laufenden Fernsehkameras ihrem Unmut Luft.

Le Pens innerparteiliche Autorität scheint so angegriffen wie nie. Gleichzeitig hat Bompard, als derzeitiger Anführer der innerparteilichen „Dissidenten“, erstmals auch programmatische Vorschläge zur Zukunft der Partei skizziert. In einem Interview mit „Le Monde“ legte er seine Vorstellungen dar. Demnach ist „die Zeit der Duces, der Großen Steuermänner vorbei“. Bompard schwebt so etwas wie eine tief verwurzelte, von der kommunalen Ebene her aufgebaute „Widerstands“bewegung der weißen und katholischen Bevölkerung gegen die übrigen Gruppen und vor allem gegen die Einwanderer vor: „Besser (wäre es), morgen eine Gemeinschaft von einer Million Männern und Frauen mit ihren eigenen Schulen ... ihren Netzwerken gegenseitiger Hilfe zu haben, als eine formlose Masse von 5 Millionen Wählern und gleichzeitig nur 2000 Aktivisten.“ Die derzeitige innerparteiliche Praxis, befürchtet Bompard, trage nicht genug zur Verankerung einer solchen gesellschaftlichen „Bewegung“ bei.

Bernhard Schmid

Gedenkpropaganda

Neonazis instrumentalisieren toten Jugendlichen.

„Minnestunden för James Waite“, diese Parole prangte in den letzten Wochen auf zahlreichen Webseiten von schwedischen Rechtsextremisten. Der 14-jährige Schüler James Waite wird von ihnen zu einem rechten Märtyrer aufgebaut, seit er Mitte September an einem See in der Nähe der Kleinstadt Sollentuna mit einem Messer erstochen wurde.Was sich genau ereignete, ist bis heute noch nicht endgültig geklärt. Die Polizei spricht von Auseinandersetzungen unter Jugendcliquen. Unter der Bevölkerung von Sollentuna wollen Gerüchte über einen Bandenkrieg zwischen jungen Einwanderern und einer Skinheadgruppe nicht verstummen.

Schwedens Rechte haben Waites Tod sofort für ihre Propaganda gegen alle Einwanderer instrumentalisiert. Dabei besitzt der Beschuldigte, der zur Zeit in Untersuchungshaft sitzt, einen schwedischen Pass. Doch für die Rechten zählt nur, dass seine Mutter 1973 nach dem Militärputsch aus Chile in das nordeuropäische Land immigrierte. „Schwedischer Junge von Einwanderer ermordet“, schrieben die schwedischen Nationaldemokraten auf ihrer Internetseite. In zahlreichen Städten riefen die Rechten zu Gedenkstunden für den Toten auf. Der Vater von James Waite hat sich scharf von dieser Instrumentalisierung distanziert. „Mein Sohn war kein Nazi und hatte mit diesen Gruppen nichts zu tun“, erklärte er der Presse. Doch nicht überall stoßen die Rechten auf Ablehnung. Eine Trauerkundgebung wurde nicht nur von Neonazis sondern auch von vielen Einwohnern aus dem nahe Stockholm gelegenen Sollentuna zu Kundgebungen gegen die schwedische Einwanderungspolitik umgewandelt. Die fremdenfeindlichen Töne waren unüberhörbar.

Seit dem Jahr 2000 versammeln sich Rechtsextreme aus Nordeuropa und auch aus Deutschland am Todestag des schwedischen Jugendlichen Daniel Wretström zum so genannten Salemmarsch. Jetzt wird befürchtet, dass auch Sollentuna zum rechten Wallfahrtsort werden könnte.

Peter Nowak

Grauzone

Neue und Alte Rechte miteinander im Gespräch

Die „Junge Freiheit“ grenzt sich von der NPD ab, um sich selbst als „demokratisch“ in der Mitte der Gesellschaft zu positionieren.

In der Berliner Wochenzeitung „Junge Freiheit“ war jüngst nachzulesen, dass die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) in Wahrheit nicht rechtsextrem, sondern sozialistisch ausgerichtet sei (vermutlich so sozialistisch wie der Nationalsozialismus). Danach konnte man auf die Kommentare des auflagenstärksten Blattes der Neuen Rechten zu den Wahlerfolgen dieser Partei nur gespannt sein.

Und wirklich findet sich in der Ausgabe Nr. 40 vom 24. September 2004 („Im Gespräch“) ein ganzseitiges Interview mit dem NPD-Parteivorsitzenden Udo Voigt. Dieser nimmt kein Blatt vor den Mund: Ziel sei, die BRD ebenso „abzuwickeln“, wie das Volk die DDR zu Grabe getragen habe – und dieser Prozess habe mit dem Wahlerfolg der NPD in Sachsen bereits begonnen. Erst nach dem Verschwinden beider „Vasallenstaaten“ der Siegermächte könnten die Deutschen in der Selbstbestimmung einer „Volksgemeinschaft“ leben. Das „liberal-kapitalistische System“ stehe so oder so vor dem Zusammenbruch: entweder zum Verfall in der Multikulti-Gesellschaft oder durch das „revolutionär veränderte Wahlrecht“ einer Volkserhebung, die nach ihrem Sieg die gegenwärtig Mächtigen zur Verantwortung ziehen werde. Im Unterschied zum Siegertribunal von Nürnberg solle dann allerdings Recht vor Rache gehen. Überhaupt habe der Nationalsozialismus in hohem Maße die „Ideen völkischer Identität von 1848“ realisiert – leider sei er aber auch imperialistisch gewesen. Hitler als ansonsten „großem deutschen Staatsmann“ sei vorzuwerfen, dass er die „Verantwortung für die Niederlage Deutschlands“ trage. Aus den Worten Udo Voigts wird ungeschminkt deutlich, wohin die Reise wieder gehen soll. Inzwischen zeigt sich die Berliner Staatsanwaltschaft interessiert.

Die „Junge Freiheit“ umgibt das durchaus kritisch geführte Interview mit Kommentaren zu den Wahlerfolgen der Rechtsparteien, in denen diese nicht eben gut wegkommen. Chefredakteur Dieter Stein sieht die Deutsche Volksunion (DVU) richtig als „pure Phantompartei eines gerissenen Geschäftsmannes aus München“, der NPD attestiert er in ihrem harten Kern eine „bizarre neonationalsozialistische Subkultur“. Warum bringt dann die Zeitung dieses Interview? Es dient lediglich als Folie, sich selbst in Abgrenzung zu den Radikalen in der Wunschposition einer „demokratischen Rechten“ in der Mitte der Gesellschaft zu positionieren. Danach liegt die tiefere Ursache der angesprochenen Wahlerfolge in der Verteufelung eines „selbstverständlichen und stolzen Patriotismus“ durch politische Klasse und herrschende Medienkartelle, diese Leerstelle besetze dann konsequent die NPD, die eine natürliche Sehnsucht junger Deutscher nach Identifikation mit ihrem Land missbrauche. Wenn mittels ständiger Kampagnen gegen Rechts das „halbe politische Spektrum“ (!) in einen braunen Topf geworfen werde, profitierten davon die wirklichen Rechtsextremen.

Die kritische Auseinandersetzung mit DVU/NPD in der JF dient also lediglich dazu, die aus dieser Zeitung bekannte Botschaft der „selbstbewussten Nation“ auszubreiten. Wobei diese Abgrenzung glaubwürdiger wäre, wenn nicht wenige Seiten später (Rubrik: „Geschichte & Wissen“) Inhalte geboten würden, die in ähnlicher Form der „National-Zeitung“ oder der „Deutschen Stimme“ zu entnehmen sind: Die Einschätzung der brutalen deutschen Bombardierung von Wielun, Rotterdam und Warschau als „legitime taktische Luftangriffe“ durch den Militärhistoriker Horst Boog ist, milde ausgedrückt, umstritten. Und der Beitrag von Alfred Schickel (Zeitgeschichtliche Forschungsstelle Ingolstadt) zum Morgenthau-Plan bedient altbekannte Verschwörungsphantasien gegen Deutschland. Der geforderte „stolze Patriotismus“ scheint nur um den Preis einer recht eigenwilligen Neuinterpretation deutscher (Militär)-Geschichte möglich.

Michael Pechel

Fragwürdige Ehrung

Bismarck-Orden für Rechtsextreme

Die Gruftkapelle der Familie von Bismarck platzte am 3. Oktober aus allen Nähten, zu den Feierlichkeiten am Tag der deutschen Einheit waren über 150 geladene Gäste, „Deutsche aus allen Teilen des Vaterlandes“, angereist, um des „Gründers des Deutschen Reiches zu gedenken“. Höhepunkt der Veranstaltung im Sachsenwald bei Hamburg war die Ordensaufnahme neuer Mitglieder in den „Bismarckbund“ und die Verleihung des Bismarck-Ordens durch Ferdinand von Bismarck. Unter den Gästen waren uniformierte Bundeswehrangehörige, Vertriebene, Burschenschafter. Die uniformierten „Lützower Jäger“ hielten Ehrenwache am Sarkophag des Reichskanzlers. In der Vergangenheit wurde bekannt, dass Burschenschafter aus den Reihen des Traditionsvereins wehrsportähnliche Schießübungen durchgeführt hatten.

Empfänger des Bismarck-Ordens waren neben Carl-Eduard Graf von Bismarck der rechte Multifunktionär Albrecht Jebens und Generalmajor a. D. Gerd-H. Komossa. Jebens sitzt im Vorstand der rechtsextremen Gesellschaft für Freie Publizistik, „Junge Freiheit“-Autor Komossa referierte bereits bei der Staats- und wirtschaftspolitischen Gesellschaft in Hamburg. Ferdinand von Bismarck verfügt über Kontakte zum Schulverein zur Förderung der Russlanddeutschen in Ostpreußen des Rechtsextremisten Dietmar Munier. 1998 lud Bismarck dessen Vorstand zu einem Essen in den Sachsenwald ein. Auch Horst Mahler gilt als Aktivist und Referent des „Schulvereins“.

Vater und Sohn Bismarck sind nicht die einzigen Mitglieder der Adelsfamilie, die keinen Kontakt zum rechten Lager scheuen: Zur Senatswahl in Hamburg 2001 schrieb eine Gräfin G. von Bismarck einen Leserbrief an die „National-Zeitung“: „Mit Bewunderung verfolge ich den mutigen Einsatz der DVU in Hamburg. Es ist traurig was sich in der Stadt abspielt. Aber ich liebe Hamburg. Meine Unterstützung ist Ihnen gewiss“.

Ernst Krefft/Andrea Röpke

Rezension

Geschichte wird gemacht

Unterschiede in der west- und ostdeutschen Erinnerungskultur.

Offizielle Geschichtsschreibung und persönliche Erinnerungen an eine historisch bedeutsame Periode fallen zumeist auseinander. Und – wie eine aktuelle Untersuchung zeigt – unterscheiden sich auch die individuellen Wahrnehmungen je nach Herkunft und Prägung. Die Wissenschaftlerin Sabine Moller hat in ihrer unter dem Titel „Vielfache Vergangenheit“ erschienenen Dissertation die Erinnerungskultur an die Zeit des Nationalsozialismus’ in ostdeutschen Familien untersucht.

Ihr zentrales Ergebnis: Die offizielle Bewertung des Nationalsozialismus durch die DDR und die persönlichen Einschätzungen beziehungsweise Erinnerungen der Zeitzeugengeneration unterschieden sich sehr viel stärker als die entsprechenden Wahrnehmungsebenen in der Bundesrepublik. Zwar eint die Menschen in beiden Teilen des Landes, dass persönliche Erinnerungen an die NS-Zeit sich oftmals als anekdotisch, die eigene Rolle rechtfertigend oder herunterspielend vermitteln, doch generell war die Diskrepanz zwischen Geschichtsschreibung und subjektiver Erinnerung im Westen kleiner beziehungsweise diffuser als in der DDR, so Moller. Sie schreibt: „In der DDR war der öffentliche Diskurs über den Faschismus sehr viel stärker vereinheitlicht, und anders als im Westen waren abweichende Erzählungen weitgehend auf den privaten Raum beschränkt.“

Als entscheidende Zäsur für eine Um- oder gar Neubewertung der NS-Zeit entpuppte sich für manchen ehemaligen DDR-Bürger der Fall der Mauer. Sabine Moller und ihre Kolleginnen und Kollegen vom Psychologischen Institut der Universität Hannover kamen jedenfalls im Rahmen ihres Forschungsprojektes „Tradierung von Geschichtsbewusstsein“ zu diesem Schluss. Zwischen 1997 und 2000 führten sie insgesamt 182 Interviews mit Familien aus den alten sowie den neuen Bundesländern über die jeweiligen Erinnerungskulturen zur NS-Zeit.

Für ihre Dissertation hat Moller drei ostdeutsche Beispielfamilien ausgewählt – jeweils eine aus Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg. In Einzel- und Gruppengesprächen kommen hier Angehörige der Zeitzeugen-, der unmittelbaren Nachkriegs- sowie der Enkelgeneration zu Wort.

Besonders eindrucksvoll lesen sich die Gesprächsprotokolle, denn sie belegen, dass sich auch in der DDR viele Zeitzeugen der NS-Jahre ein weitgehend ungebrochenes Verhältnis zum Nationalsozialismus und zu ihrer eigenen Rolle in diesem System bewahrt hatten. Das Aus der DDR liefert diesen Menschen – scheinbar – weitere Argumente, da die Bewertung der NS-Zeit sich mit dem Scheitern des DDR-Systems gleichsam mit erledigt hat. Moller spricht in ihrem Resümee gar von den „vielen leichtfertigen Gleichsetzungen von NS- und DDR-Vergangenheit in den Interviews“.

Und damit ist der zweite wichtige Unterschied zur westdeutschen Erinnerungskultur gekennzeichnet: Der Nationalsozialismus liegt für viele der Befragten gerade wegen der gleichfalls abgeschlossenen DDR-Jahre subjektiv weiter zurück als für Westdeutsche. „…der Nationalsozialismus bildet den Ausgangspunkt für eine (Selbst)-Verständigung über die näher liegende DDR-Vergangenheit“, schreibt Sabine Moller. „Die NS-Vergangenheit hatte somit am Ende der 1990er mit Sicherheit eine geringere Relevanz als in westdeutschen Gesprächen.“

Das im Stil sehr sachlich und differenziert gehaltene Buch hat einen einzigen Schönheitsfehler, an dem die Autorin keine Schuld trägt: Da eine Dissertation nun einmal eine wissenschaftliche Arbeit ist, „stolpert“ der Durchschnittsleser über allzu viele Fußnoten und methodische Ausführungen. Wer sich auf die Lektüre der Gesprächsdokumentation und die Auswertung konzentriert, wird allerdings interessante Erkenntnisse aus diesem Band ziehen können.

Gudrun Giese

Sabine Moller, Vielfache Vergangenheit, edition diskord, Tübingen 2003, 240 S., 15 €

Meldungen

Braune Störaktion

Stade – 15 Neonazis versuchten am 4. Oktober einen Vortrag des Publizisten Uwe Ruprecht in der Evangelischen Familienbildungsstätte in Stade zu stören. Da sich in Niedersachsen zunehmend neonazistische Strukturen neubilden, hieß das Thema des Abends „Aktuelle Erscheinungsformen des Rechtsextremismus zwischen Elbe und Weser". Die Neonazis um NPD-Anführer Martin Zaha und Worch-Anhänger Alexander Hohensee verteilten in den Straßen vor dem Gebäude ein Flugblatt mit dem Titel: „Vorsicht Menschenjagd! Pastor-Behrens-Haus als Brutstätte für Antifa-Hetzprediger". Weiter heißt es: „Als Fleischwerdung neuzeitlicher Hochmoral will er vielmehr vor 'Musik mit menschenverachtenden Texten' als 'Einstiegsdroge' für Jugendliche warnen! (…) Irgendwann werden Ruprecht und Konsorten sich jedoch wünschen, nationalistische Jugendliche würden nur Musik machen!" Im Gegensatz zur Störungsaktion im Januar in Buxtehude, bei der unter der Führung von Adolf Dammann und Reinhold Oberlercher aus Hamburg zwei Dutzend Neonazis den Saal füllten und die Veranstaltung daraufhin abgebrochen wurde, konnten die Rechtsextremisten diesmal nicht ins Gebäude gelangen. (ar)

NPD-Landtagsfraktion steht

Dresden – Am 12. Oktober fand in Dresden die konstituierende Sitzung der NPD-Landtagsfraktion statt fand. Erwartungsgemäß wurde Holger Apfel Fraktionschef. Johannes Müller sein Stellvertreter, Uwe Leichsenring parlamentarischer Geschäftsführer, Matthias Paul Schriftführer und Alexander Delle Schatzmeister. Ebenfalls einstimmig wurde Leichsenring zum Ministerpräsidenten-Kandidaten gewählt, denn „Sachsen muss von einem Sachsen regiert werden – aber einem ohne Altlasten oder SED-Vergangenheit im Marschgepäck". Zudem einer, der in seinem Heimatwahlkreis vorbildliche politische Überzeugungsarbeit geleistet hat". Der Auftritt stand deutlich im Gegensatz zu den bislang erlebten Äußerungen im Umfeld der Wahl. Die NPD, so Apfel werde Sachpolitik betreiben, so ein „Konzept zur Tourismusförderung" anmahnen und sich der „Initiative deutscher Künstler anschließen", die eine Musikquote fordern. Und Leichsenring ergänzte: Die ersten Initiativen im Landtag würden sich auf Kommunalabgaben, Schulnetzplanung und den Landesentwicklungsplan beziehen. Neben der Aussage, dass der genaue Ort des Bundesparteitages noch bekannt gegeben werde, kündigte Geschäftsführer Marx an, seinen Platz für Ulrich Eigenfeld zu räumen sobald die Fraktion arbeitsfähig sei. Es solle, so Apfel zum abschließend, in den nächsten Wochen bezüglich des rechten Parteienbündnis zur Bundestagswahl Gespräche mit der Deutschen Partei, den Republikanern und dem Vorfeld der „nationalen Publizistik" geben. Da seien noch einige Überraschungen zu erwarten. (lk)

Impressum

Schirmherrschaft:
Ute Vogt MdB

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V.,
Helmut Lölhöffel

Redaktion:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)

Mail: nandlinger@bnr.de
Fon: (030) 255 94 174
Fax: (030) 255 94 499

Verlag:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Postfach 610 322, 10925 Berlin
Fon: (030) 255 94 100
Fax: (030) 255 94 190

Abo-Service:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Fon: (030) 255 94 130
Fax: (030) 255 94 190
Mail: vertrieb@vorwaerts.de